

# SVP will Windenergie die Luft abdrehen

Energiestrategie Windparks sollen nicht zu nah an Siedlungen geplant werden dürfen. Stromanbieter wehren sich

VON DANIEL BALLMER

Die neueste Forderung der SVP würde gesamtschweizerisch die Windkraft praktisch verunmöglichen. Darin sind sich die regionalen Stromanbieter einig. Zwar hat die Partei die Abstimmung über die Energiestrategie 2050 verloren; ihren Kampf hat sie deswegen aber noch lange nicht aufgegeben. Der neueste Anlauf stammt aus der Feder von Thomas de Courten. Der Baselbieter Nationalrat fordert per Motion einen gesetzlich festgelegten Mindestabstand von Windkraftanlagen zu Siedlungsgebieten. Dieser soll wenigstens das Zehnfache der Höhe der betreffenden Anlage betragen. Ist also ein Windrad 150 Meter hoch, würde der Abstand mindestens 1,5 Kilometer betragen. Im Vorstoss wird auf ähnliche Regelungen im Ausland verwiesen, beispielsweise in Bayern.

«Heutige Empfehlungen von mindestens 700 Metern reichen einfach nicht», sagt de Courten. Schliesslich stammten die Empfehlungen aus einer Zeit, in der industrielle Windkraftanlagen noch eine Höhe von unter 100 Metern mit Rotordurchmessern von weniger als 50 Metern gehabt hätten. Mittlerweile aber ergäben auch internationale Vergleiche, dass die Gesundheit und die Sicherheit der Anwohner bei Abständen unter 1500 Metern nachweislich gefährdet seien. Neben dem Schall könnten im Winter nämlich auch weggeschleuderte Eisbrocken für Gefahr sorgen. Die SVP-Forderung ist nicht neu. Im Mai hat der Landrat bereits die Baselbieter Regierung beauftragt, zumindest zu prüfen, ob Mindestabstände für Windkraftanlagen gesetzlich verankert werden sollen.

## Pläne wären nicht mehr realisierbar

«Eine solche Regelung käme quasi einem Stopp der Windkraft gleich», entgegnet Joachim Krebs. Der Sprecher der Elektra Birseck Münchenstein (EBM) geht davon aus, dass Turbinen in Gebieten mit weniger Wind generell höher werden, um effizienter und rentabler Strom produzieren zu können. Die Pläne der EBM seien dann allerdings allesamt nicht mehr realisierbar: Der Stromanbieter sieht heute eine Anlage in Schweizerhalle vor sowie jeweils drei bis fünf Anlagen in den Gebieten Liesberg und Meltingen. «Aufgrund der hiesigen Windverhältnisse rechnen wir mit Windturbinen mit einer Höhe von rund 150 Metern», sagt Krebs. Bei einem Mindestabstand von 1500 Metern zu Siedlungsgebieten wäre das schlicht nicht möglich.

Ähnlich tönt es von der Elektra Baselland (EBL): «Unser Projekt auf dem Schleifenberg ob Liestal würde verunmöglicht», steht für Geschäftsleiter Urs Steiner fest. Die zwei weiteren angedachten Projekte in Itingen/Zunzgen und Reigoldswil/Ziefen seien bereits faktisch aus dem Rennen - das eine aus topografischen Gründen, das andere weil es in einer Anflugschneise zu stehen käme. «Das zeigt, dass der Bau eines Windkraftwerks in der Schweiz schon heute ein komplexes Vorhaben ist», kommentiert Steiner.

Wenig begeistert zeigt man sich auch bei den Industriellen Werken Basel (IWB), die nach wie vor ihr Projekt auf der Challhöchi mit insgesamt fünf Windturbinen verfolgen. Ein solcher Windpark sei ohne die Zustimmung der betroffenen Gemeinden sowieso nicht möglich, hält IWB-Sprecher Erik Rummer fest. «Die Einführung einer pauschalen Abstandsregelung erscheint uns vor dem Hintergrund heute geltender Genehmigungsverfahren wenig sinnvoll.»

## Konfliktpotenzial würde reduziert

Ganz anders sieht das de Courten: «Windkraftprojekte wären weiterhin möglich, aber nur an sehr exponierten Stellen.» Es mache ohnehin keinen Sinn, solche Anlagen in der dicht bebauten Agglomeration zu erstellen. «Überall, wo Projekte heute geplant werden, ist der Widerstand in der Bevölkerung relativ gross.» Mit klaren Distanzregeln aber könnten das Konfliktpotenzial reduziert und die Akzeptanz erhöht werden. «Wenn die Umsetzung der Energiestrategie vorangetrieben werden soll, braucht es klare Regeln», betont de Courten. «Der Bund soll hier seine Verantwortung wahrnehmen.»

Aufgrund der Windverhältnisse wären die Jurahöhen für Windkraftanlagen tatsächlich besser geeignet. Der Landschaftsschutz hindere dies aber immer noch, wehren sich die regionalen Energieunternehmen. Ohnehin müssten schon heute in Bewilligungsverfahren die Interessen von zusätzlicher Stromproduktion aus erneuerbaren Energien gegen jene von Anwohnern sowie von Natur- und Landschaftsschutz gegeneinander abgewogen werden, sagt EBM-Sprecher Krebs. Dabei würden Schall- und Schatteneinwirkungen untersucht und die daraus resultierenden Vorgaben seien einzuhalten. Für die Stromanbieter ist eine weitere Verschärfung der Regeln deshalb nicht nur unnötig. Die Ziele der Energiestrategie wären schlicht nicht mehr zu erreichen.

# 150

Meter hoch sind Windkraftanlagen heute standardmässig. Damit wäre neu ein Mindestabstand von 1,5 Kilometer zur nächsten Siedlung einzuhalten.

«Eine solche Regelung käme quasi einem Stopp der Windkraft gleich.»

Joachim Krebs  
Elektra Birseck Münchenstein



Schon heute müssen Windkraftanlagen Vorgaben zu Schall und Schatteneinwirkungen einhalten. XAVIER VOIROL

## Fahrplan 2018

### Grüne kritisieren wegfallende Züge

Die Baselbieter Grünen kritisieren den Entwurf zum neuen öV-Fahrplan, der im Dezember 2018 zahlreiche Änderungen mit sich bringt. Geplant ist etwa die Streichung zweier Schnellzüge abends von Sonntag bis Donnerstag zwischen Basel und Luzern mit Halt in Liestal, Sissach und Gelterkinden. Damit werde die Achse von der Stadt Basel ins Ergolzthal sowie ins Mittelland geschwächt, betonen die Grünen in einer Mitteilung. Sie werfen den SBB und dem Kanton «Salamitaktik» vor, da vor einigen Jahren bereits ein Schnellzug kurz nach Mitternacht gestrichen worden ist.

Auf Kritik stösst auch, dass die erst 2015 verlängerte Buslinie 38 der Basler Verkehrsbetriebe (BVB) künftig im Bachgraben enden wird. Damit gebe es keine direkte Verbindung des 38ers ins Allschwiler Dorfzentrum mehr. Ebenfalls «unverständlich» sei die Streichung der Sonntagsverbindung zu den Freizeitanlagen im Bachgraben. Derweil betont der Kanton, dass sich die Nachfrage auf der verlängerten Buslinie nicht wie gewünscht entwickelt habe. Bei der Linie 64 der Baselland Transport AG (BLT) loben die Grünen den regelmässigeren Takt und die guten Anschlüsse am Bahnhof Dornach, bedauern aber den Wegfall einiger Kurse nach Arlesheim.

Am Sonntag ist die Vernehmung zum Fahrplan abgelaufen. Neben dem kritisierten Abbau gibts auf einigen Linien auch Verbesserungen. So erhalten wieder alle Baselbieter Gemeinden ein öV-Angebot am Wochenende. (BZ)

# 2017 könnte zum Jahr der Weinverschnitte werden

Reben Not macht erfinderisch: Viele Winzer im Baselbiet überlegen sich, gemeinsam mit anderen zu keltern.

VON DIMITRI HOFER

Wie in der restlichen Schweiz haben die Winzer in diesem Jahr auch im Baselbiet mit enormen Ernteausfällen zu kämpfen. In den Frostnächten im Frühling sind rund 95 Prozent der Traubenanlagen erfroren. Dadurch resultieren bei einem Grossteil der Hersteller nur sehr geringe Mengen Wein.

Fast drei Viertel aller Baselbieter Winzer bewirtschaften Flächen, die kleiner sind als 20 Aren. «In einem normalen Jahr können diese Produzenten maximal etwa 2000 Flaschen Wein herstellen», erklärt Andreas Buser, zuständig für Spezialkulturen beim Landwirtschaftlichen Zentrum Ebenrain in Sissach. Da es sich beim aktuellen jedoch um alles andere als ein normales Jahr handelt, ist davon auszugehen, dass alle Winzer nur wenige Flaschen Wein herstellen können.

Hier stellt sich für viele die Frage, ob sie es überhaupt auf sich nehmen wollen, Wein zu produzieren. «In meinen Augen könnte es sich in diesem katastrophalen Jahr lohnen, gemeinsam zu keltern», sagt Buser. Eine Möglichkeit sei, dass sich verschiedene Produzenten, welche dieselbe Rebsorte anbauen, zusammenschliessen und aus ihren Trauben einen einzigen Wein herstellen. «Stammen die

«Wir bieten den Kunden an, die Kleinmengen einer Sorte zu einem einzigen Wein zu verarbeiten.»

Stephan Gschwind  
Weinproduzent aus Therwil

Reben aus verschiedenen Ortschaften, nennt man einen solchen Wein Gemeindeverschnitt.» Derartige Überlegungen würden sich Winzer im Baselbiet vielerorts machen.

## Ein Frostwein aus Therwil

Der Weinproduzent Stephan Gschwind keltert in Therwil den Wein von rund 30 Kunden. In einem gewöhnlichen Jahr erhält jeder, der ihm seine Trauben anvertraut, aus diesen einen eigenen Wein. «Im aktuellen Jahr werden unsere Kunden nur Kleinmengen bringen können», wirft er einen Blick in die Zukunft. Oftmals werde es sich nicht lohnen, daraus Wein zu produzieren. «Deshalb bieten wir an, die Kleinmengen einer Sorte zu einem einzigen Wein zu verarbeiten.» Dazu gehören Blauburgunder, Riesling-Sylvaner und Maréchal Foch.

Gschwind nennt diese Verschnitte, in Anlehnung an den verheerenden Frost, Frostwein. Wie viel von diesem Wein er letztlich produzieren könne, stehe momentan noch in den Sternen. Auch könne er noch nicht abschätzen, wie viele seiner Kunden das Angebot annehmen. Damit die Trauben, die den Frost überlebt haben, noch möglichst viel Sonne geniessen können, rät er, sie etwa fünf Wochen später als in einem normalen Jahr zu ernten.

Auch wenn er noch nie einen Frostwein produziert hat, steht für ihn fest, dass sich das Mischen von Trauben auf die Qualität auswirkt: «Es handelt sich um eine Notlösung, die es uns ermöglicht, aus einem katastrophalen Jahr das Beste herauszuholen.»

## Hochschulrat

### Regierung soll für Sitz weiter kämpfen

Dass der Kanton Baselland im Streben nach einem vollwertigen Sitz im Schweizerischen Hochschulrat vergangene Woche erneut eine Abfuhr erhalten hat, sorgt nun im Landrat für ein politisches Nachspiel: Béatrix von Sury d'Aspremont (CVP) reicht an der kommenden Landratssitzung vom 29. Juni eine Interpellation ein, in der sie der Regierung kritische Fragen stellt. So möchte sie wissen, weshalb es in Bundesbern zu keinem aktiven Lobbying für das Baselbieter Anliegen gekommen sei. Die Regierung im Speziellen soll aufzeigen, wie sie sich bisher aktiv für einen Hochschulratsitz eingesetzt hat. Und wohl das Wichtigste: «Was wird die Regierung nun unternehmen, um den so wichtigen Sitz im Hochschulrat doch noch erlangen zu können?», fragt von Sury. Dies im Lichte, dass das Anliegen im Nationalrat nicht den Hauch einer Chance hatte.

Für die Reinacher Landrätin ist es «absolut unverständlich, dass Baselland als einer der Träger einer der renommiertesten Universitäten der Schweiz noch immer nicht in den Hochschulrat aufgenommen worden ist». So könne der Kanton auf nationaler Ebene nicht mitentscheiden. Von Sury glaubt, dass Baselland zurzeit keinen guten Eindruck hinterlässt: «Das ständige Gezänke um die Universität, die Vorstösse, die Einsparungen fordern oder Angebote reduzieren wollen, haben sicherlich viel Geschirr zerschlagen», schreibt sie in der Interpellation. (BZ)